

19. SITZUNG DES GROSSEN GEMEINDERATES DONNERSTAG, 3. MÄRZ 2016

AMTSDAUER 2014-2018

AMTSJAHR 2015/2016

Seltenes zum Ersten:

Dass der Grosse Gemeinderat sich statt „im“ „vor“ dem Ratssaal im Freien und auf dem Märtplatz versammelt? ... Eine rare Begebenheit. Heute keine Sitzung? Undenkbar! Neue Versammlungsform à la Glarner Landsgemeinde? Mitnichten!

Beinahe wäre dem Rat die Behandlung der heutigen Traktanden verwehrt geblieben – aus einem ganz trivialen Grund. Die Türöffnung: Gone with the wind!

Closed out: Anstatt sich frühzeitig an ihren Sitzplätzen im Ratssaal einzufinden, da und dort noch durch die Reihen zu zirkulieren, die Kolleginnen und Kollegen zu begrüßen, hüben wie drüben einen Schwatz zu halten, harrten die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte vor verschlossener Tür in der Kälte bei leichtem Schneetreiben im Windschatten des Stadthauses. Das Stadthausaalbetreuungspersonal offenbar in die Ferien entschwunden. Gone with the wind, Part II.

Heraneilender Sekretär und Weibelin hatten dann auch alle Hände voll zu tun, mindestens die notwendigsten Utensilien so zu richten, dass davon auch Gebrauch gemacht werden konnte.

Ratspräsident Stefan Eichenberger, FDP, sah sich denn auch gezwungen, die Sitzung mit etwas Verzögerung zu eröffnen, da sowohl Technik als auch andere Einrichtungen ihren Dienst versagten. Irgendwie ging es dann irgendwann doch.

Dass beim Grossen Gemeinderat eine Initiative zur Beratung auf dem Tisch des Hauses landet, verfügt eher über Seltenheitswert (...heute schon zum Zweiten!). Seit Einführung der parlamentarischen Organisationsstruktur im Jahre 1974 wurde dem Legislativorgan von Illnau-Effretikon dieses Vergnügen noch nicht allzu oft zuteil.

Ein Blick in die Statistik offenbart, dass von 1974 bis Ende der jüngsten Amtsdauer im Parlament gesamthaft 2'262 Geschäfte behandelt worden sind. Davon entfielen 570 auf Vorstösse (77 auf Motionen, 131 auf Postulate, 183 auf Interpellationen und 179 auf Anfragen), während die Sachgeschäfte (Anträge des Stadtrates) und weitere Geschäftsarten den Rest unter sich ausmachen. Das Instrument der Initiative wurde dabei - verhältnismässig wenig - lediglich 35 Mal bemüht. Natürlich durchaus nachvollziehbar.

Genug der Zahlen – zumindest vorerst.

Die 36. [Initiative](#) also wurde von der Sozialdemokratischen Partei lanciert. Das Ansinnen nach günstigem „Wohnraum für alle!“ vermochte die erste Hürde zu überwinden, indem das Initiativkomitee die erforderliche Zahl von 500 Unterschriften erfolgreich sammelte. Der oberste Rechtserlass auf kommunaler Stufe – die Gemeindeordnung – sollte nun also um eine entsprechend für den Stadtrat verpflichtende Bestimmung zur Sicherstellung günstigen Wohnraums ergänzt werden.

Übrigens - wenn wir schon dabei sind und die Historie konsultieren - so nebenbei bemerkt:

Ein Blick in die Analen zeigt, dass gewisse Themen das politische Geschehen in Illnau-Effretikon seit jeher begleiten. Schon die Vorgängerinnen und Vorgänger der heutigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier behandelten das fragliche Thema bereits 26 Jahre zuvor, anno 1990; damals aber unter dem Titel „Wohnbau-Initiative für die Schaffung und Erhaltung preisgünstigen Wohnraums und den Kampf gegen die Spekulation in Illnau-Effretikon – und auch andere Bekannte wie das Alterszentrum, das Sportzentrum, die Stadtbibliothek, das Verkehrskonzept, die Behördenorganisation und die Zusatzleistungen waren durch

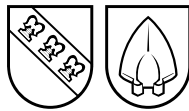
Kontaktperson

Marco Steiner
Direkt 052 354 24 16
marco.steiner@ilef.ch

Stadthaus

Märtplatz 29
Postfach
8307 Effretikon

Telefon 052 354 24 16
Fax 052 354 23 23
gemeinderat@ilef.ch
www.ilef.ch



die bisherigen Garden schon zum Gegenstand von Initiativen gemacht worden. Weitere Wegbegleiter finden Interessierte in der [Gesamtübersicht](#) zu sämtlichen parlamentarischen Geschäften.

Zurück in die Gegenwart:

Der Stadtrat lehnte die Volksinitiative in der vorliegenden Form in [seinem Antrag](#) ab. Da er aber die Wichtigkeit der zugrundeliegenden Thematik dem Sinne nach dennoch teilt, unterbreitete er dem Grossen Gemeinderat einen Gegenvorschlag.

„Mietkosten nehmen in einem Haushaltsbudget einen grossen Teil ein. Die Hälfte der Bevölkerung ist gezwungen, ihre bescheidenen finanziellen Möglichkeiten so einzusetzen, dass am Ende des Monats nichts oder nicht mehr viel übrig zum Leben bleibt“, so Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP. „Die Stadt soll zusehen, dass ihrer Bevölkerung günstiger Wohnraum zur Verfügung gestellt wird – das soll auch in der Gemeindeordnung manifestiert werden“, so Gemeinderat Urs Gut, GP.

„Es reicht, wenn der Stadtrat dies in seinem kürzlich verabschiedeten Leitbild zur Siedlungsentwicklung...“, (Gemeinderat André Büecheler, SVP) „... oder in seinem Schwerpunktprogramm zur Legislaturplanung festschreibt“ (Gemeinderätin Michèle Vögeli, JLIE).

Nach bisweilen auch emotional geprägter Debatte (die in der Geschäftsordnung veranschlagten und durch den Vorsitzenden gewährten Redezeiten führten zu einem Schlagabtausch zwischen Ratspräsident Eichenberger und Gemeinderätin Rösli) versenkte das Parlament die Volksinitiative mit 25 zu 7 Stimmen - hingegen beschied es dem stadrätlichen Gegenvorschlag mit 20 zu 12 Stimmen ebenso eine Niederlage. Dies, nachdem eine [Mehrheit der vorberatenden Geschäftsprüfungskommission](#) dem Gesamtrat dieses Stimmverhalten bereits empfohlen hatte. Das Verdikt des Parlamentes klar. Was wohl die Stimmberechtigten meinen? Sie haben in dieser Frage früher oder später das letzte Wort. Der Stadtrat muss bis dahin noch entscheiden, ob er seinen Gegenvorschlag der Urnenabstimmung dennoch unterbreiten will.

In einem weiteren Antrag beantragte der Stadtrat in Fortfolge seines laufenden Sparpaketes beim Parlament die [Aufhebung der kommunalen Verordnung zur Gewährung von Gemeindegeldzuschüssen](#); will heissen, dass damit die Gemeindegeldzuschüsse zur AHV/IV zur Disposition standen.

„Sparen ja! – aber nicht auf Kosten der Ärmsten“, so Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP. „Der Wohlstand einer Gesellschaft misst sich am Wohlergehen der Schwachen“, zitierte Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP. „Die Winterthurer Stimmberechtigten haben ein ähnliches Ansinnen ihrer Regierung abgelehnt. Ich würde mich als Einwohner dieser Stadt schämen, wenn wir als Vorreiter zur Abschaffung der Gemeindegeldzuschüsse in die Geschichte eingehen würden.“

Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP, schätzt zwar die sozialwerklichen Errungenschaften im Schweizer System, appellierte aber auch an die Eigenverantwortung eines/r jeden Einzelnen. „Der Staat kann nicht allen schauen!“.

Eine [Mehrheit der vorberatenden Rechnungsprüfungskommission](#) schlug dem Rat vor, die Vorlage an die Adresse des Stadtrates zurückzuweisen. [Auf Bundesstufe arbeite der Nationalrat](#) derzeit an einer neuen Gesetzgebung zu anrechenbaren Wohnkosten, was wiederum Einfluss auf das Konstrukt der AHV-Ergänzungs- bzw. Zusatzleistungen haben werde. Die Situation sei nach Bekanntwerden dieser Entwicklung einer Neubeurteilung zu unterziehen.

„Nur wann wird der Nationalrat diese Änderung beraten? [Nicht heute und nicht morgen!](#) Bekennen Sie Farbe und lehnen Sie den Antrag bereits heute ab!“, da waren sich die Ratsmitglieder Erik Schmausser, GLP, und Markus Hürzeler, CVP, einig.

Mit 18 zu 14 Stimmen wies das Parlament dem Stadtrat die Vorlage einstweilen zurück. Return to sender! Vorerst bleibt also alles beim Alten.

Mit einer Interpellation erkundigt sich Gemeinderat Herbert Kempf, SVP, zum offenbar geplanten [Neubau des städtischen Unterhaltsbetriebsgebäudes](#). „Jemand hat mir mal gesagt, man soll Fragen zu Grossprojekten so früh wie möglich deponieren – ich hoffe, das ist mir dieses Mal rechtzeitig gelungen.“

Und bei dieser Gelegenheit... „...kann der Stadtrat auch gleichzeitig prüfen, ob er den [Betrieb der städtischen Entsorgungsanlage](#) nicht Dritten übertragen will“. Damit setzt sich eine weitere Interpellation von Gemeinderat Kempf auseinander.

Und auch der Stadtrat wird sich mit den aufgeworfenen Fragen auseinandersetzen. Er wird sie schriftlich beantworten. Dafür stehen ihm nun drei Monate zu.



ÜBERSICHT

EINZEL- UND VOLKSINITIATIVEN

1974-2014

AMTSDAUER	GESCH-NR.	DATUM	GESCHÄFTSTITEL
1974 - 1978	148/76	19.07.1976	Antrag des Stadtrates betreffend Volksinitiative betreffend Projekt-Genehmigung Verwaltungsgebäude Zentrum Effretikon
1974 - 1978	159/76	04.10.1976	Einzelinitiative Willi Fischer, Altersheim sowie Räume für Stadtbibliothek
1974 - 1978	171/76	26.11.1976	Einzelinitiative Ernst Gähler betreffend Hallenbad
1978 - 1982	143/80	05.05.1980	Volksinitiative für besseren Schutz der Fussgänger und Velofahrer
1978 - 1982	150/80	10.06.1980	Volksinitiative für sichere Verkehrswege in Effretikon
1978 - 1982	167/80	12.09.1980	Einzelinitiative Willi Fischer betreffend Revision der Verordnung über die zusätzliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenbeihilfe
1982 - 1986	024/82	08.07.1982	Einzelinitiative Prof. Dr. C. Soliva + W. Benz betreffend Bau der Mehrzweckhalle (Eishalle) im Sportzentrum Eselriet
1982 - 1986	084/83	13.06.1983	Antrag des Stadtrates betreffend Einzelinitiative Rudolf Vöglin betreffend Verkehrskonzept Illnau-Effretikon
1982 - 1986	130/84	05.03.1984	Volksinitiative für die Überdachung eines Eisfeldes im Sportzentrum Eselriet
1990 - 1994	009/90	10.05.1990 22.01.1991	Volksinitiative „Wohnbau-Initiative für die Schaffung und Erhaltung preisgünstigen Wohnraums und den Kampf gegen die Spekulation in Illnau-Effretikon“
1990 - 1994	081/91	12.07.1991	Einzelinitiative Paul Lüssi, Effretikon, betreffend Projektierung eines Mehrzweckhallendaches im Sportzentrum Eselriet, Effretikon
1990 - 1994	220/93	12.10.1993	Antrag des Stadtrates betreffend Einzelinitiative Oliver Prange, Ottikon, betreffend Änderung der städtischen Bau und Zonenordnung
1994 - 1998	078/95	25.04.1995	Volksinitiative „Pro Pavillon“
1994 - 1998	111/95	15.11.1995	Einzelinitiative G. P. Müller, Illnau, betreffend Familiengärten im Gumpisloo, Illnau
1994 - 1998	128/96	11.03.1996	Antrag des Stadtrates betreffend Bewilligung eines Objekt-Kredites von Fr. 205'000.– für eine bauliche Instandstellung des ehemaligen Verwaltungspavillons in Effretikon als „Gegenvorschlag“ zur Volksinitiative „Pro Pavillon“
1994 - 1998	138/96	17.07.1996	Dringliche Motion Barbara Maurer, FDP, und Mitunterzeichnende, betreffend Einreichung einer Behörden-Initiative zur Lockerung der Auflagen zur Einführung von Tempo 30 in Quartierstrassen
1994 - 1998	190/97	12.05.1997	Volksinitiative zur Vereinfachung der politischen Struktur der Stadt durch Abschaffung des Grossen Gemeinderates

Die ausführlichen Sitzungsunterlagen und weitere Informationen finden Sie unter <http://www.ilef.ch/stadtverwaltung/politik/grosser-gemeinderat/>